

Mensch und Maß

DRANGENDE LEBENSFRAGEN IN NEUER SICHT

Folge 16

23. 8. 1976

16. Jahr

Der Bau von Kernspaltwerken = eine gigantische Teufelei?

Von Eberhard Engelhardt

I.

Einem Rundschreiben von Professor Dr. Karl Bechert, überschrieben „Eine neue Gesellschaft in der Kerntechnik mit neuen Unwahrheiten: Die Projektgesellschaft Wiederaufbearbeitung von Kernbrennstoffen.“ vom 7. 6. 1976 entnehme ich:

„Unter der beim RWE entsprechend bewährten Leitung von Herrn Günther H. Scheuten als Geschäftsführer hat sich ein neues Feld aufgetan für die Verbreitung unrichtiger Behauptungen durch die Kernindustrie. Es geht darum, die Bevölkerung gefügig zu machen dort, wo Wiederaufbereitung großer Mengen von Kernbrennstoffen betrieben werden soll, zusammen mit der Endlagerung großer Mengen von radioaktivem Atom-müll, also das, was in der raffinierten Wortgebung durch Industrie und Behörden ein ‚Entsorgungspark‘ heißt.

Zu diesem Zweck ist im Juli 1975 von 12 deutschen Energieversorgungsunternehmen, angefangen vom Badenwerk bis zu den VEW, die ‚Projektgesellschaft Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen m.b.H. Essen (PWK)‘ gegründet worden. Diese Gesellschaft befaßt sich mit der Vorplanung der deutschen Wiederaufbereitungsanlage, insbesondere mit der Erteilung eines Auftrages für das Vorprojekt dieser Anlage an die Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsgesellschaft m.b.H. (KEWA)‘. Die KEWA ist eine Gründung der Bayer-AG/Leverkusen, der Farbwerke Hoechst/Frankfurt/M., der Gelsenberg-AG/Essen und der NUKEM GmbH/Hanau.

„Ziel des Vorprojektes ist die Klärung der technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb der deutschen Wiederaufbereitungsanlage einschließlich der Erlangung der atomrechtlichen Genehmigung. Daß Genehmigungsverfahren soll von PKW im Auftrag der später zu gründenden Trägersgesellschaft geführt werden, die die Anlage bauen und betreiben wird. Die Firmen Bayer, Gelsenberg und Hoechst stehen einer Beteiligung an dieser Trägersgesellschaft grundsätzlich positiv gegenüber; auch erscheinen Beteiligungen weiterer Unternehmen denkbar. Es ist weiter zu erwarten, daß der Bund das Vorprojekt und das Hauptprojekt durch staatliche Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen in noch zu vereinbarenden Weise fördern wird, so daß eine privatwirtschaftliche Verwirklichung der deutschen Wiederaufbereitungsanlage denkbar erscheint.“

Privatwirtschaftlich heißt hier offenbar, daß der Bund, also der Steuerzahler, dafür sorgen muß, daß die Sache sich für die Privatwirtschaft, also die Kernindustrie, lohnt.

Ich zitiere weiter: „PWK hofft, den Vorprojektauftrag an die KEWA noch im Frühjahr des Jahres 1976 vergeben und das Genehmigungsverfahren nach Erarbeitung eines Sicherheitsberichtes einleiten zu können. Etwa Mitte 1978 könnte der Beschluß über den Bau der deutschen Wiederaufbereitungsanlage gefaßt werden, sofern zuvor die erste Teilgenehmigung vorliegt. Das Lagerbecken für die Brennelemente müßte dann als erster Teilabschnitt unmittelbar in Auftrag gehen, um 1980/81 zur Verfügung zu stehen.“ Soweit das Zitat aus dem Schreiben der PWK an den Bürgermeister der „betroffenen“ Gemeinde 4491 Wipplingen vom 1. 6. 76.

Das Schreiben wimmelt von Verharmlosungen, unverantwortlichen Behauptungen und Irreführung.

Ich zitiere: „Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen ist ein technisch beherrschter chemischer Prozeß.“ Das ist eine grobe Unwahrheit. Denn damit wird der Eindruck erweckt, die Wiederaufbereitungsanlage bringe keinerlei Gefahr für die Bevölkerung.

Krypton

Für radioaktive Edelgase wie Krypton 85 und auch für den überschweren Wasserstoff H 3 (Tritium) gibt es kein großtechnisch brauchbares Rückhalteverfahren. Man hat geschätzt, daß in etwa 60 Jahren allein durch Krypton 85 die nach den Empfehlungen der Internationalen Strah-

lenschutzkommission höchstzulässige Strahlenbelastung erreicht werden wird, wenn man dieses Gas gleichmäßig verteilt denkt; in der Umgebung der Wiederaufbereitungsanlage ist die Strahlenbelastung natürlich erheblich höher. Die KEWA gibt in einer Studie „Konzept für eine industrielle Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsanlage“ vom Juli 75 selbst zu: „Nach dem heutigen Entwicklungsstand ist insbesondere für Krypton bei Inbetriebnahme der Anlage noch nicht mit dem Einsatz einer funktionstüchtigen Rückhalteeinrichtung mit ausreichendem Rückhaltefaktor zu rechnen.“

Der Scheutenbrief enthält zu dieser Frage eine bewußte Unwahrheit in der Formulierung (S. 12): „Für die Abtrennung des Krypton aus der Abluft ist der Einbau einer Rückhalteanlage vorgesehen.“ Daß sie sogar nach Ansicht der KEWA bei Inbetriebnahme der Anlage nicht genügend funktionieren wird, verschweigt Herr Scheuten – wobei es übrigens sehr fraglich ist nach heutiger Kenntnis, ob es überhaupt gelingen wird, eine hinreichend wirksame Filteranlage zu schaffen.

Alle die für Wiederaufbereitungsanlagen ungelösten Fragen und die mit der Anlage verbundenen Gefahren verschweigt oder verharmlost Herr Scheuten in seinem Brief an den Bürgermeister.

Mir liegt ein Bericht des Kernforschungszentrums Karlsruhe vor aus dem Jahre 1975, bei dem schon aus der Überschrift hervorgeht, daß z. B. auch die Filterung von radioaktivem Jod zu den noch in der Entwicklung befindlichen, also noch nicht befriedigend gelösten Problemen gehört. Herr Scheuten behauptet das Gegenteil, entgegen der Wahrheit.

Plutonium

Die mit der Lagerung des hochgiftigen Plutoniums verbundenen Gefahren werden natürlich ebenfalls verschwiegen. Nach der Studie der KEWA beträgt das Inventar der geplanten Wiederaufbereitungsanlage 40 000 kg Plutonium. Ein Millionstel Gramm – manche Schätzungen sagen, ein Zehnmillionstel Gramm – Plutonium erzeugt Lungenkrebs, wenn eingeatmet.

Kommt bei einem „Störfall“ auch nur ein Millionstel der in der Anlage vorhandenen Plutoniummenge heraus, so könnten damit, je nach Schätzung, 40 Millionen bis zu 400 Millionen Lungenkrebsfälle erzeugt werden. Nimmt man an, daß von diesen theoretisch möglichen Fällen nur einer unter hunderttausend möglichen durch wirkliches Einatmen zustandekommt, so sind es immer noch 400 bis 4000 Lungenkrebsfälle, und das ist niedrig geschätzt.

Gefahren der Zwischenlagerung

Die Gefahren der Zwischenlagerung der bestrahlten Brennelemente in Lagerbecken unter Wasser verharmlost Herr Scheuten, indem er von wirksamer Abschirmung gegen die Strahlung schwafelt – es handelt sich um die durchdringende Gammastrahlung.

Ähnlich steht es mit der Zwischenlagerung der hochaktiven in Glas verschmolzenen radioaktiven flüssigen Abfälle. Da steht die unverfrorene Behauptung: „Die Endlagerung wird erst nach Abschluß der Erprobung der Endlagerkonzepte ohne Umweltrisiko erfolgen.“ Aus dem Text sieht man, daß es sich da um lauter ungelöste Fragen handelt. Es ist von „Versuchen und Modelluntersuchungen zur Endlagerung von hochaktiven Abfällen“ die Rede.

Diese befassen sich insbesondere mit dem Problem der Beherrschung von Wärmequellen im Salz, da der entscheidende Unterschied zwischen den hochaktiven Abfällen einerseits und den schwach- und mittelaktiven Abfällen andererseits in der Wärmeerzeugung der hochaktiven Abfälle besteht. Neben dem Konzept der Einlagerung hochaktiver Abfälle in Salzgestein gibt es weitere Konzepte wie z. B. die Endlagerung in anderen geologischen Formationen (Tongestein, Granit, Anhydrit) und unter dem Meeresboden. Die Bundesrepublik beteiligt sich intensiv an den internationalen Programmen zur Erforschung alternativer Endlagerkonzepte. Für den unwahrscheinlichen Fall, daß sich eine dieser Alternativen gegenüber der Endlagerung im Salzgestein als überlegen erweisen sollte, wäre ein Abtransport der relativ geringen Mengen verfestigter hochaktiver Abfälle (150 cbm/Jahr) vom Standort der Wiederaufbereitungsanlage an einen anderen Endlagerort unproblematisch.

Da wird der Bevölkerung weisgemacht, man werde den Atommüll möglicherweise woanders unterbringen, also nicht im Salzstock unter der Wiederaufbereitungsanlage, vielleicht gar unter dem Meeresboden (die Unterstreichung des Wortes „unter“ steht so in Scheutens Brief). Das ist reines Geflücker. Herr Scheuten weiß, daß solche Lagerung viel zu teuer wäre, außerdem ist sie völlig unerprobt.

Sicherheit und Umwelt – nur Versprechungen

In dem Abschnitt „Sicherheit und Umwelt“ wird deutlich, daß die PWK nur bloße Versprechungen vorzubringen weiß. Verfahren, die in keiner Weise als brauchbar und zuverlässig erprobt sind, werden so dargestellt,

als ob sie Sicherheit und Schutz gegen „unzulässig“ hohe Strahlenbelastung böten. Die Wasserversorgung der Anlage soll durch Niederschlagswasser geschehen, das in einem Speicher gesammelt wird, und als Ersatzwasser für den Kühlturbetrieb dienen. Daß im Niederschlagswasser die radioaktiven Stoffe aus der Abluft enthalten sein werden und beim Verdunsten des Kühlwassers vom Kühlturm wieder an die Umgebung abgegeben werden, scheinen sich die Herren von der Projektgesellschaft noch nicht überlegt zu haben.

Wie es mit der Sicherheit gegen Flugzeugabsturz und seinen Folgen bei den Kernkraftwerken in der Bundesrepublik aussieht, hat ein Bundestagsbericht offengelegt: bisher kein wirksamer Schutz.

Die Grundwasserverhältnisse sollen „über einen längeren Zeitraum (mindestens 1 Jahr)“ untersucht werden. Wassersachverständige wissen, daß solche Untersuchungen über viele Jahre fortgeführt werden müßten, nicht nur über ein oder ein paar Jahre.

Aber man hat es eilig. Nachdem im Schnelltempo eine große Zahl von Reaktoren demnächst zusätzlich in Betrieb gehen soll, ist für langwierige sorgfältige Untersuchungen natürlich keine Zeit mehr. Die Wiederaufbereitungsanlage muß so schnell wie möglich gebaut werden, siehe die Terminplanung, die den „Beschuß über den Bau der deutschen Wiederaufbereitungsanlage“ für Mitte 1978 erwartet (S. 5 des Briefes Scheuten an den Bürgermeister von Wipplingen vom 1. 6. 76). Da ist natürlich auch keine Zeit für langwierige Beobachtungen der Wind- und Wetterverhältnisse am Standort der Anlage. Solche Messungen sind erst „vorgesehen“ (S. 15 des Briefes).

Genehmigungsverfahren

Was über das Genehmigungsverfahren in dem Brief steht, mutet angesichts der Praxis solcher Verfahren wie blanker Hohn an. Da ist von unabhängigen Sachverständigen die Rede – man wird sie schon so auswählen, daß ein Ergebnis zugunsten des Baues der Anlage herauskommt – und von Berücksichtigung der erhobenen Einwendungen (S. 17 des Briefes). Daß das Gelände enteignet werden kann, wird besonders erwähnt (S. 20).

Zuckerbrot

Zum Schluß das Zuckerbrot, der Abschnitt „Die wirtschaftliche Bedeutung der Entsorgungsanlage“. Da werden der Gemeinde die zu erwartenden Steuereinnahmen (in grober Schätzung) vorgerechnet. „Durch den Be-

völkerungszuwachs' – es werden 3600 zusätzliche Arbeitsplätze geschätzt, davon drei Viertel durch die örtliche Bevölkerung zu besetzen, bleibt also ein Zuwachs von 900 Personen – ,wird der Zubau von Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Sport- und Freizeiteinrichtungen, kulturellen Einrichtungen notwendig. Dieser Zubau wird durch erhebliches Steuer-mehraufkommen ermöglicht und verbessert das Angebot für alle Einwohner der Nahzone.' ,Es ist geplant, durch Gewährung von Baudarlehen die Eigentumsbildung in den Gemeinden der Nahzone zu fördern.' Stützung der ortsansässigen Bauwirtschaft, Ausbau des Dienstleistungsangebotes in der Nahzone, Beschäftigung der ortsansässigen Unternehmen beim Bau der ,Entsorgungsanlage' usw. Wenn das nicht zieht!

Wahrheitsgemäße Aufklärung!

Der Kreistag des Landkreises Aschendorf-Hümmeling, in welchem die Gemeinde Wipplingen liegt, war zusammen mit dem Oberkreisdirektor, Gemeindevertretern und Mitgliedern der Kreisverwaltung am 22. und 23. 4. 76 in Karlsruhe, um die dortige Versuchsanlage für Wiederaufbereitung zu besichtigen. Sie interessierten sich dabei auch für die Frage, ob es zutrifft, daß Wald in der Nähe des Kernforschungszentrums durch Einflüsse abgestorben ist, die vom Kernforschungszentrum oder der Wiederaufbereitungsanlage ausgehen. Die Frage wurde verneint, übrigens auch vom Bundesforschungsministerium, bei dem der Oberkreisdirektor schriftlich angefragt hatte.

Die Wahrheit ist, daß, wie der Oberverwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in seiner Entscheidung vom 8. 10. 75 in Sachen Wyhl ausdrücklich feststellt, ,erhebliche Schädigung der Pflanzenwelt in der Umgebung des Mehrzweckforschungsreaktors Leopoldshafen durch den Salzaustrag aus dem Kühlturm' entstanden ist.

Nach Auskunft der Forstverwaltung sind annähernd 2000 Waldbäume auf einer Fläche von ca. einem Hektar abgestorben oder beschädigt worden. Es handelt sich hauptsächlich um 50–60jährige Kiefernabäume. Dies ist ein weiterer Beitrag zur ,wahrheitsgemäßen Aufklärung der Bevölkerung' durch die Kerntechnik und das zuständige Bundesministerium. Bechert"

II.

Wie miserabel es mit der sogenannten ,Entsorgung' bestellt ist, ergibt ein Bericht von K. Rudzinski in der FAZ vom 16. 6. 1976. Unter der Überschrift ,Sorgen mit der Kernkraftwerk-Entsorgung" schreibt er:

„Ausgesprochen beruhigend ist die Situation der ,Entsorgung' der Kernkraftwerke, der Wiederaufarbeitung der Reaktor-Brennelemente und der Endlagerung des Atom Mülls nicht. Für die Wiederaufbereitungsanlage gibt es noch keine Trägergesellschaft: der vorgesehenen waren die Risiken plötzlich zu groß geworden. Die finanziellen Verbindlichkeiten sind noch nicht geklärt. Von einer großtechnischen Beherrschung der Wiederaufarbeitungstechnik hoch abgebrannter Brennelemente kann noch keine Rede sein. Probleme der Endlagerung sind für die mittel- und hochaktiven Abfälle noch offen, und es gibt keine abrufbare Technologie für die Aufarbeitung der letzteren. Es gibt nur den Trost: ,Wir werden alle Probleme lösen.'"

Summarisch ein zwiespältiger Eindruck, den die vom Innenausschuß des Bundestages anberaumte ,öffentliche Anhörung zu Fragen des Umweltschutzes' am Mittwoch voriger Woche in Bonn – trotz manchem ausgeprägten Experten-Optimismus – hinterließ.

Die französischen und englischen Wiederaufbereitungsanlagen, Partner der deutschen United Reprocessor GmbH (URK), werden, wie Professor H. Mandel (RWE) ausführte, 1980 voll ausgelastet sein. Eine jetzt beschlossene deutsche Anlage würde frühestens 1988 den Betrieb aufnehmen können. Bis dahin werden aus den Kernkraftwerken verbrauchte Brennelemente mit 7000 bis 8000 Tonnen Urangehalt anfallen, und der Jahresanfall werde dann 1250 Tonnen betragen.

Für diese aus Mitteln der ,Verursacher' zu errichtende Anlage, die jährlich 1400 Tonnen Material verarbeiten soll, liegt bisher nur eine Konzeptstudie vor, mehr nicht. Bis 1981 sollen erste Zwischenlagerbecken für die Brennelemente, die zunächst bei den Kernkraftwerken verbleiben, geschaffen werden. Spätestens 1985 muß ein weiteres größeres Becken verfügbar sein.

Mangelnde Betriebserfahrungen bei der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente, die unterschätzten technischen und sicherheitstechnischen Probleme und die durch hohe Strahlungsverseuchung verursachte Reparaturfeindlichkeit der Anlagen hatten im Ausland zu Schwierigkeiten geführt. Die Erfahrungen, die bei der Überwindung gemacht wurden, stünden aber für die deutsche Wiederaufbereitungsanlage zur Verfügung. Techniker seien es ja gewöhnt, mit Risiken umzugehen und sie zu bewältigen. Und G. H. Scheuten (RWE) ist überzeugt, daß der Sachverstand der an der KEWA (Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungs-Gesellschaft) beteilig-

ten Unternehmen Hoechst, Bayer, Nukem und Gelsenberg als Berater dafür ausreichen werde.

Dr. W. Hilger (Farbwerke Hoechst) ist skeptischer. Er weiß aus der Chemie-Industrie, was Großobjekte kosten können. Die Schwierigkeiten im Ausland – die englische 800 Tonnen-Anlage wird statt 1975 erst 1985 fertig werden – lehren ihn, daß erst weitere Betriebsergebnisse erarbeitet werden müssen, bevor man mit Detailplanung für die Großanlage beginnen könne. Auch die Verarbeitung von Atommüll in großem Maßstab müsse erst noch entwickelt werden. Die jetzigen Erkenntnisse reichen nur für die Planung des Vorprojekts aus, als Grundlage für die Großanlage stellen sie „ein nicht vertretbares Unternehmerrisiko dar“. – Für die Rückhaltung von radioaktiven Abgasen gibt es vielversprechende Rezepte, für den sicheren Schutz der Anlagen vor Sabotage weiß niemand Rat.

Ein Scheitern des Konzepts der Endlagerung als Ganzes aus technischen Gründen erscheint Professor Birkhofer (Reaktor-Sicherheitskommission) „recht unwahrscheinlich“. Doch seien noch eingehende Forschungen nötig. Eine Endlagerung ohne Aufarbeitung sei dagegen keine echte Lösung, sowohl wegen der unterbleibenden Nutzung des im Reaktor entstandenen Plutoniums und des nichtverbrauchten Urans als auch wegen des Risikos der Abgase hochradioaktiver Gase aus korrodierten Brennelementen in die Biosphäre, eine Ansicht, die allgemein geteilt wird.

Die hohen Sicherheitsanforderungen – zu hohe, hieß es einmal – haben zu einer vielfachen Steigerung der ursprünglich geschätzten Investitionskosten für die Wiederaufbereitungsanlage geführt. Auf 3,8 Milliarden DM wurden sie in Bonn überschlägig beziffert, was allerdings schwerlich reichen dürfte. Die im Sommer 1975 gegründete „Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen“ (PWK), zu der 12 namhafte Stromerzeuger-Unternehmer zusammengeschlossen sind, verhandelt intensiv mit der KEWA. In diesen Tagen werde der Auftrag zur Erarbeitung des Vorprojekts (Kosten etwa 60 bis 70 Millionen DM) unterzeichnet. Immerhin: Beide Unternehmen seien sich einig über den Weg. Eventuell wäre eine neue Trägergesellschaft mit den EVU und der Chemieindustrie und anderen Unternehmen wie der Kraftwerk-Union und der Steag zu gründen.

Die Stromerzeuger sind sich klar darüber, daß sie, wie von der Bundesregierung gefordert, als Verursacher den Hauptanteil der Kosten der Anlage tragen müssen. Von der Chemieindustrie erwarten sie eine etwa 25-prozentige Beteiligung an den Kosten und vom Staat, daß er mit einer

Bundesbürgschaft für die Fremdmittelaufnahme ihnen unter die Arme greift. Viel öffentliche Mittel seien im übrigen nicht mehr nötig. Die Aufbringung der Mittel sei gesichert und werde in nächster Zeit noch verbindlich vereinbart, wurde auf bohrendes Fragen geantwortet.

Man ist sich klar darüber, daß die Kosten der Wiederaufarbeitung und die Endbeseitigung des Atommülls höher sein werden als die Erlöse für die zurückgewonnenen Kernbrennstoffe.“

Weshalb baut man denn dann überhaupt diese für den Völkermord geeigneten Teufelsküchen?

Rudzinski fährt fort:

„Hilger meinte, es sei sehr wohl anzunehmen, daß Wiederaufarbeitung und Entsorgung die Wirtschaftlichkeit der Kernkraftwerke nicht gefährdet – wovon man nur hoffen kann, daß das stimmt.“

Die derzeitige Terminplanung sieht – nach Scheuten – für 1977 die Einleitung des Genehmigungsverfahrens für die in Frage kommenden Standorte vor. Im März 1978 soll mit dem Bau der Becken für die Zwischenlagerung der Brennelemente begonnen werden; 1981 müssen sie fertig sein. Im März 1980 soll dann mit dem Bau der Anlage begonnen werden, die bis 1988 fertigzustellen ist.

Die Frage der Wiederaufarbeitung von Brennelementen für andere Länder in der Bundesrepublik, die prinzipiell nicht beabsichtigt ist, stellt sich unausweichlich im Zusammenhang mit dem Export von Kernkraftwerken. Eine Ausnahme ist mit Luxemburg bereits gemacht; England und Frankreich sind zur Wiederaufarbeitung bereit, jedoch nicht zur Endlagerung hochaktiver Abfälle. Für Länder mit größerem Kernkraftwerksbestand werde sich die Schaffung eigener Anlagen für Entsorgung und Endlagerung, so äußerte G. K. Rossney (URK), auf die Dauer als notwendig erweisen. Bis dahin könne mit der Übernahme durch die Bundesrepublik gerechnet werden. Für kleinere Länder, besonders Nachbarstaaten wie Belgien oder Holland, für die sich dieser Aufwand nicht rentiere, käme auch ein international finanzierter und betriebener Entsorgungspark allerdings nur als sehr langfristige Möglichkeit in Frage. – Die Bundesrepublik wird, das sei hier bemerkt, allerdings schwerlich um diese Art von Dienstleistung herumkommen. Einerseits unter dem Zwange des Wettbewerbs, andererseits auch unter dem Druck Amerikas gegen eine Proliferation (Auswucherung) der Atomwaffen, der kaum eine andere Möglichkeit übrigläßt.“

Aha „unter dem Druck Amerikas“! Genau das hatte ich erwartet. Wer sind diese Amerikaner, die hier Druck ausüben? Ist die Bundesrepublik eine amerikanische Kolonie, daß sie sich solchem Druck beugen muß?

In der gleichen Ausgabe der FAZ im Aufsatz „Kernenergie: Verlegenheit des Entscheidens“ schreibt Rudzinski:

„An den absolut sicheren Reaktor glaubt heute wohl auch kein Experte mehr.“

Er schreibt weiter:

„Bei einer Umfrage der Federation of American Scientists vom Oktober 1975 waren 26 Prozent für Abbruch der Kernenergieentwicklung, 36 Prozent für Aufschub und 21 Prozent für ein langsames Vorgehen, nur 16 Prozent wünschten eine schnellere Entwicklung. In der Bundesrepublik haben 650 Wissenschaftler die ‚Nutzung der Kernenergie für notwendig und verantwortbar‘ erklärt. In einer Gegenaktion sprachen sich viele Wissenschaftler gegen die Kernenergie aus.“

Rudzinski verschweigt aber, daß laut einem Rundschreiben des Weltbundes zum Schutze des Lebens 12 000 Wissenschaftler einen Bau- und Genehmigungsstop für Atomkraftwerke gefordert haben.

III.

Der schwedische Physiker und Nobelpreisträger Professor Dr. Hannes Alfvén hat in einem Interview mit dem Journalisten der „Vorarlberger Nachrichten“, Robert F. Par, laut dessen Bericht vom 6. 9. 1975 auf Fragen u. a. erklärt:

„Par: Herr Professor Alfvén, wie stellen Sie sich zur Atomenergie?

Alfvén: Atomenergie ist gefährlich und auf lange Sicht – vom globalen Standpunkt aus betrachtet – überflüssig. Sie gefährdet die Menschheit auf äußerster. Die Geschichte der Atomenergie ist komplizierte Wege gegangen; sie ist als Nebenprodukt der Entwicklung von Atombomben entstanden.

Par: Wie sehen Sie die Weiterentwicklung?

Alfvén: Es stehen hier immense Geldsummen sowie wissenschaftliches und politisches Prestige auf dem Spiel. Der Bevölkerung wird glaubhaft gemacht, die Atomenergie stelle die einzige Lösung für den Energiebedarf dar. Diese Meinung ist kurzsichtig und wird uns in eine noch schlimmere Zwangslage und Energienot führen. Man sollte rasch andere Energiequellen erschließen.

Par: Welche Energiequellen empfehlen Sie?

Alfvén: Sonnenenergie ist unbeschränkt vorhanden. Im Innern der Erde in einer Tiefe ab 5 km befindet sich genügend Energie für Millionen Jahre. Weiter liegt in der Erde genügend Kohle für Hunderte oder Tausende von Jahren. Auch Öl und Erdgas reichen noch mehrere Jahrzehnte für den Übergang, bis andere Energiequellen erschlossen sind. Wasserfälle, Wind und Gezeiten sind örtlich bedeutungsvoll, wenn auch nicht im Weltmaßstab. Und vielleicht findet man eine akzeptable Lösung der Kernfusion.

Par: Warum redet dann die Atomindustrie so viel von einer Energiekrise?

Alfvén: Zur Zeit kann von einer Energiekrise nicht gesprochen werden, zumal die fossilen Brennstoffe noch für Hunderte von Jahren ausreichen...

Par: Sehen Sie einen Ausweg aus diesem Dilemma?

Alfvén: Die SIPRI empfiehlt als ersten Schritt zunächst den Abbau von Atombomben. Senator Mike Gravel hat die USA aufgefordert, die Rüstung auf den zweifachen Overkill zu beschränken. Das sind so viel Atomwaffen, wie gebraucht werden, um die Erde zweimal zu zerstören. Ferner müßte der Bau von Atomkraftwerken weltweit eingestellt werden, denn nur so kann man in der Praxis wirklich die Verbreitung von Atomwaffen verhindern.

Par: Sie plädieren für ein sofortiges Moratorium (Baustopp) für Atomkraftwerke.

Alfvén: Ich sehe darin den einzigen Ausweg. Sonst befürchte ich das Schlimmste. Wie ich schon gesagt habe, ist die sogenannte ‚friedliche‘ Atomkernspaltung von der militärischen nicht zu trennen. Es sind Industrielle ebenso wie Militärs an der Verbreitung der Atomenergieerzeugung interessiert, und das ist eine extrem gefährliche Situation.“

IV.

Die „Freisinger Zeitung“ vom 24. 5. 1976 berichtete eine Reuter-Meldung aus New York:

„Von einer Verseuchung durch die lebensgefährlichen radioaktiven Substanzen Plutonium und Cäsium sind möglicherweise Abschnitte der amerikanischen Ost- und Westküste bedroht. Laut ‚New York Times‘ sind Spuren der Elemente im Meeresboden an Küstenabschnitten festgestellt

worden, wo insgesamt 67 000 Fässer mit jeweils 200 Litern Plutonium- und Cäsium-Abfall aus Reaktoren versenkt worden sind.“

Die „L.L.Z.“ vom 26. 5. 1976 berichtete eine dpa-Meldung aus Paris:

„Radioaktive Abfälle mit niedriger Strahlungsintensität aus Belgien, den Niederlanden, der Schweiz und Großbritannien sollen im Juni und Juli im Nordatlantik versenkt werden. Nach einer Mitteilung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit ‚OECD‘ in Paris sind die Abfälle entweder in Beton oder Bitumen eingegossen. Das Gesamtgewicht wird 6 700 Tonnen betragen. Ihre Radioaktivität, betonte die OECD, wird weit unterhalb der von der internationalen Atomenergiebehörde festgelegten Höchstwerte liegen.“

Wer wird wann diesen Verbrechern endlich ihr Handwerk legen?

V.

Die „Europa-Korrespondenz“ berichtet in Folge 249/250 I/II 1976 unter der Überschrift „Simon Wiesenthal sprach von ‚Vernichtung im embryonalen Zustand‘“ mit den Untertiteln: „Soll die deutschsprachige Bevölkerung ausgerottet werden?“ und „Das mögliche Mittel – die ‚friedliche‘ Atomenergie“:

„Am 18. November 1969 hielt Simon Wiesenthal, der als Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien (auch als ‚Eichmann-Jäger‘ und österreichischer Mercedes-Generalvertreter) bekannt wurde, in Zürich vor der jüdischen Studentenschaft einen Vortrag über die ‚Verfolgung von Naziverbrechern‘. Er leitete seine Ausführungen mit einem Wort von Clausewitz ein, daß der Feind von gestern auch der Feind von heute und morgen sei, wenn man ihn nicht restlos vernichte. Die Mörder von morgen würden erst heute geboren. Diese in der Zukunft potentiellen Mörder gelte es schon heute auszurotten.“

Wiesenthal ließ auch durchblicken, daß die jüdische Hochfinanz, insbesondere der USA und vor allem der Rothschilds, zweckentsprechend eingesetzt werde, um jene Staaten und Volksgruppen, welche potentiell in sich Nazi-verbrecher beinhalten, zu eliminieren. Es gilt, rief Wiesenthal aus, potentielle Gegner auch im Keim, ja im embryonalen Zustand, ein für allemal zu vernichten. (Bericht im ‚Salzburger Volksblatt‘ vom 23. 1. 1970, ‚Neue Züricher Zeitung‘ vom 21. 11. 1969, Fernausgabe 320, S. 38, ferner auch ‚Die Tat‘ und ‚Tagesanzeiger‘).

Diese Ausführungen Simon Wiesenthals ließen zunächst Zweifel daran

bestehen, daß es sich um eine reale Ankündigung handeln könne. Allmählich stellte sich jedoch heraus, daß diese Mitteilungen nicht nur Wunschträume eines entarteten Gehirns darstellen, sondern eine reale Grundlage besitzen. Die biologische Ausrottung ganzer Völker ‚auf friedlichem Wege‘ ist nämlich tatsächlich möglich und auch schon im Gange. Das Mittel ist – die ‚friedliche Atomenergie‘.

Unter dem Vorwand, die ‚Atomenergie‘ sei eine besonders billige und umweltfreundliche Energie, legte man in der Bundesrepublik Deutschland zunächst viele Kohlenzechen still und begann mit dem Bau von Kernkraftwerken innerhalb der dicht besiedelten Gebiete. Inzwischen hat es sich herausgestellt, daß die ‚Atomenergie‘ eigentlich keine echte Energie ist, sondern nur eine Art von Akkumulationsenergie, weil sie eine negative Energiebilanz besitzt, indem mehr Energie dafür aufzuwenden ist, als damit geliefert werden kann. (Vergl. z. B. Dr. P. Chapman ‚The ins and outs of nuclear power‘, ‚New Scientist‘, Dez. 1974.) Es werden überhaupt nur 0,7 Promille des Kernbrennstoffes in Energie umgesetzt und 99,93 Prozent verbleiben als radioaktiver Abfall.

Praktisch sind alle Probleme der Sicherheit ungelöst, aber der Kernkraftwerksbau geht unter dem Schlagwort ‚Wir brauchen Energie‘ weiter, obwohl dadurch die Energiesituation nur verschlechtert werden kann und diese ‚Energiequelle‘ jedenfalls weder billig noch sicher ist, ja sogar ein Großunglück (genannt ‚Super-GAU‘) jederzeit möglich ist.

Nun gibt jedoch jedes Kernkraftwerk über seinen Abluftschornstein auch im normalen Betrieb jährlich zehntausende Curie radioaktiver Stoffe in Form radioaktiver Gase oder Schwebestoffe an die Umgebung ab. Solche gelangen mit Atemluft, Wasser und Nahrung auch in den menschlichen Körper und rufen dort durch innere Kontaktbestrahlung Krebsherde und Erbschäden hervor. Durch ‚gut honorierte‘ Sachverständige wird zwar beteuert, die radioaktive Emission sei ‚völlig harmlos‘, die ‚streng bewachte‘ zusätzliche Strahlenbelastung betrage nur weniger als ein hundertstel der natürlichen Strahlenbelastung.

Die tatsächlichen Verhältnisse aber liegen ganz anders. (Vergl. z. B. BEIR-Report, National Academy of Sciences – National Research Council: Report of the Advisory Committee on the Biological Effects of Ionizing Radiations, 1972; ferner Eukorr 239/240, III/IV 1975: ‚Wirkung inkorporierter Aktivitäten‘). Nicht die errechnete Ganzkörper-Strahlenbelastung von rund 1 millirem pro Jahr ist maßgeblich, sondern eine mög-

liche Strahlenbelastung von Tausenden bis Zehntausenden rem pro Stunde, welche schon durch kleinste inkorporierte Aktivitäten auf umgebende Körperzellen einwirken kann und diese zerstören oder zu Krebszellen entarten oder als Erbzellen schädigen kann.

Die Heimtücke der Gefahr liegt darin, daß der Mensch kein Organ hat, die Schädigung rechtzeitig zu bemerken und daß diese Wirkungen als eine Art 'biologische Zeitbombe' in Erscheinung treten, wenn es für eine Abkehr bereits zu spät ist. Die Zell- und Erbschäden sind nicht reversibel und zunächst verdeckt; wenn sie in Erscheinung treten, ist die biologische Katastrophe für das Individuum oder eine betroffene Bevölkerungsgruppe aber bereits unabwendbar.

Daneben ist im übrigen bekannt, daß ein Reaktor-Großunglück – der sogenannte Super-GAU – eine Todeszone bis zu 150 km Umkreis und darüber zur Folge haben könnte, also Hunderttausenden bis Millionen Menschen binnen kurzer Zeit das Leben kosten könnte. Beim Kernkraftwerk Würgassen – dem Prototyp des österreichischen Kernkraftwerkes Zwentendorf – ist bereits ein solcher Fall sozusagen im letzten Augenblick durch rechtzeitige Entdeckung eines Versprödungsrissses in einer Hauptkühlleitung noch verhindert worden, kann aber jederzeit wieder eintreten.

Wie aber ist es nur möglich, daß solche Todesfallen auf die ahnungslose Bevölkerung losgelassen beziehungsweise mit öffentlichen Geldern erbaut werden? Es drohen ja nun auch die gleichen Gefahren für die Bevölkerung von Wien und Umgebung durch das vor Fertigstellung stehende Kernkraftwerk Zwentendorf, das nur 40 km von Wien entfernt ist, so daß Radioaktivität durch das offene Donautal direkt nach Wien gelangen kann.

Wiesenthal sprach vom Einsatz der Kapitalmacht gewisser Kreise der USA und meinte offenbar Aktieninhaber der deutschen Kernindustrie. Gehandelt wird das offenbar so, daß etwa 20 Prozent der Kernkraftwerkskosten für die 'Beseitigung von Hindernissen' ausgeworfen werden, also als Provisionen, Schmiergelder und 'Spenden'. Es werden Sachverständige und Journalisten geeignet honoriert und offenbar erhalten auch die Parteisekretariate politischer Parteien hohe Spenden. Diese Beträge werden dann natürlich auf die Baukosten aufgeschlagen, das heißt vom Hersteller einkalkuliert, so daß sie wieder von der Bevölkerung getragen werden müssen.

In der BRD stirbt jeder vierte Einwohner bereits an Krebs, schon bald

wird es jeder dritte sein, auch die meisten Kinder sterben bereits an Krebs, mehr als an Verkehrsunfällen. Früher war der Krebs eine ausgesprochene Alterskrankheit, jetzt gibt es bereits den Krebs im embryonalen Zustand. Auch die Erbschäden und Erbkrankheiten nehmen erschreckend zu. Aber der Kernkraftwerkbetrieb und Neubau geht weiter, vergeblich protestiert die Bevölkerung, denn sie wird nicht gefragt. Es sieht daher so aus, als wäre das Schicksal der Bevölkerung der BRD, über das Herr Wiesenthal 'aus der Schule geplaudert' hat, bereits besiegelt. So ist in einem Buche des Biologen Prof. F. Kaudewitz 'Grundlagen der Vererbungslehre' (Francke-Verlag, Bern) recht aufschlußreich zu lesen:

'Es wäre grundfalsch, dann einen schädlichen Einfluß solcher Strahlungen leugnen zu wollen, wenn die verabreichte Dosis zu keinen unmittelbar beobachtbaren Schäden führt... – Die Erhaltung unserer Art hängt von Naturgesetzen ab, welche wir nicht zu durchbrechen vermögen. Sie besagen, daß die Zunahme der Mutationshäufigkeit gleichbedeutend mit dem Anwachsen des Auftretens genetischer Letalfaktoren ist. Etwa 20 Prozent aller menschlichen Früchte sterben schon heute unter Normalbedingungen als Folge solcher Faktoren eines genetisch bedingten Todes. Damit befinden wir uns unfern einer Grenze, jenseits deren der Bestand unserer Art nicht mehr gesichert erscheint. Eine nennenswerte Erhöhung dieses Prozentsatzes muß daher zumindest für Völker mit langsamem Bevölkerungszuwachs, wie etwa für uns Mitteleuropäer, die Gefahr des Aussterbens heraufbeschwören.'

Es gibt jedenfalls wegen der bestehenden Langzeitwirkungen ein biologisches 'zu spät'. Ob der Zeitpunkt dafür schon eingetragen ist oder noch eine Möglichkeit der Abwendung für die Bevölkerung der BRD besteht, ist eine offene Frage. So könnte es möglich sein, daß der Volkstod eintritt, wenn etwa bereits in zwanzig bis dreißig Jahren in der BRD jedes noch lebensfähig geborene Kind vor Erreichung des zeugungsfähigen Alters an Krebs stirbt. Jedenfalls wäre es an der Zeit, sich der Gefahr bewußt zu werden, die uns auch in Österreich droht, wenn wir Kernkraftwerke betreiben sollten. Zur Absicht aber, unschuldige Kinder als 'potentielle Mörder' schon im embryonalen Zustand ausrotten zu wollen, ebenso wie deren Planung und Durchführung aber erübrigt sich jeder Kommentar." (Hervorhebungen durch E. Engelhardt).

Sieht so die Vollstreckung des von Zionisten wiederholt ausgesprochenen 'Todesurteil über Deutschland' aus? Dann wäre ja das Rätsel über das

unverständliche zähe Festhalten an der teuflischen Atomenergie trotz längst vorhandener unschädlicher und umweltfreundlicher Alternativen gelüftet. Sind letztere vielleicht auch deshalb nicht gefördert worden, die Kernenergie aber mit 18 Milliarden DM?

Hat Wiesenthal damit die Katze aus dem Sack gelassen? Hat er durch seinen Vortrag vor der jüdischen Studentenschaft die in Europa lebenden Zionisten vorbereiten und warnen wollen? Ist der Bau von Atomkraftwerken, schön verstreut über die gesamte Bundesrepublik, also eine gigantische Teufelei? Eine gigantische Teufelei, von der seine bezahlten Propagandisten wohl gar nichts wissen?

Im Hinblick auf den Lindeman-Plan, den Morgenthau-Plan, den Kaufmann-Plan und die vielfach von prominenten Zionisten angedrohte und angekündigte „Vernichtung“ Deutschlands ist eine solche Teufelei durchaus denkbar.

Nachwort der Schriftleitung:

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Wiesenthals triumphierenden Morddrohungen und dem „Mittel ‚friedliche Kernenergie‘“, wie ihn die „Europa-Korrespondenz“ nahegelegt, kann sicher nicht gefolgert werden. Daß dem Haß des Herrn Wiesenthal jedes Mittel recht ist und seinem von Haß verblendeten Hirn die Gefährdung des deutschen Volkes durch den Bau so vieler Atommeiler höchst willkommen ist, daran besteht kein Zweifel.

Auch verfolgt der Bau der Atomspaltwerke nicht planmäßig die Ausrottung bzw. Erbschädigung des deutschen Volkes. Doch wenn sie auch nicht vom „Teufel“ gebaut werden, so steckt doch, wie man landläufig sagt, der Teufel drin. Die Ursachen und Triebkräfte zum Atomspaltwerkbau sind vielfältig, und sie sind naheliegend.

Zum einen fällt uns der berühmte Ausspruch des „Vaters der Atom-bombe“, Edward Teller, ein, wonach er nicht habe widerstehen können, die Bombe zu machen, weil dies „technisch so süß“ gewesen sei. Und Teller wird auch 1. Mose 3, 5 durch den Sinn gegangen sein: „... und werdet sein wie Gott.“ Für den Nur-Techniker ist das im Bereich des Möglichen liegende „Machbare“ die große Versuchung, wie die Schätze ferner Länder für den Abenteurer. Sie fühlen sich frei jeder Verantwortung.

Zum anderen ist es der Fortschrittswahn, der sich in den Gehirnen von links bis rechts wie ein Geschwür eingenistet hat und unter dessen Herrschaft sich alle willig beugen. Jeder ist voll Sorge, nicht als fortschrittlich angesehen zu werden. Wo ist der Bürgermeister, wo der Landrat, der nicht

nach Industrieansiedlung für seine Gemeinde, für seinen Amtsbereich aus ist und sich von ökologischen Bedenken bremsen läßt? Wo ist der Minister, der nicht an der Spitze des atomaren technischen Fortschritts marschieren möchte?

Wo ist der Unternehmer, wo der Industriemanager, der den Mut findet, eine technische „Entwicklung“ der Konkurrenz nicht mitzumachen? Auch er fühlt sich nicht bemüßigt, den „Fachidioten“ in den Arm zu fallen. Willig beugte er sich dem „Trend“, der aus Amerika kam. Dort hatte der Krieg der US-Industrie kostenlos das „Know-how“ (Gewußt wie) der Kernspaltung hinterlassen. Nun galt es, damit ins große Geschäft zu steigen. Und niemand blieb zurück, auch nicht die deutschen Elektrokonzerne (die ja auch zu den „Multis“ gehören).

Aus all dem schließt sich der „Teufelskreis“ von Ehrgeiz, Ruhmsucht, Fortschrittsgläubigkeit, Jagd nach dem Glück, nach Gewinn, vernebelt von Vertrauensseligkeit, Dummheit und Schwäche. All das stand schon seit je Pate, wenn die Menschen bestrebt waren, ihr eigenes Grab zu schaufeln.

Dazu dann noch die politischen Verhältnisse der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, der Machtwille der Führungsschichten in Washington und Moskau, vor und hinter den Kulissen, und vor allem die Umwandlung der Völker nach dem amerikanischen Vorbild in lauter Erwerbsgesellschaften. Nicht zuletzt aber ist es die Ehrfurchtslosigkeit vor der Natur und ihren Gesetzen – entsprechend dem Jahwe-Wort „macht euch die Erde untertan“, die zu der Hybris, zum Glauben an die Allmacht des Menschen und seiner Technik und zu dem Atomspalt-Wahnsinn geführt hat.

v. Bebenburg